



**Leopoldina**  
Nationale Akademie  
der Wissenschaften

2023 | Leopoldina-Forum Nr. 3

**Roundtables „International Perspectives on Evidence-based Policymaking“ und „How to strengthen Evidence-based Policymaking? Strategic Positioning within Government“ – Veranstaltungsdokumentation**



**Initiative für evidenzbasierte Politikgestaltung 2023**  
Lena Diekmann | Regina T. Riphahn | Monika Schnitzer

## Impressum

### Herausgeber der Reihe „Leopoldina-Forum“

Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V.  
– Nationale Akademie der Wissenschaften –  
Präsident: Prof. (ETHZ) Dr. Gerald H. Haug  
Jägerberg 1  
06108 Halle (Saale)

### Redaktion

Sandra Kumm, Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina  
Kontakt: leopoldina@leopoldina.org

### Coverillustration

Graphic Farm (Shutterstock)

### Gestaltung und Satz

Klötzner Company Werbeagentur GmbH, Hamburg

### DOI

10.26164/leopoldina\_01\_00859

### Lizenz

Veröffentlicht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-ND 4.0  
<https://creativecommons.org/licenses/by-nd/4.0/>

### Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie, detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <https://portal.dnb.de> abrufbar.

### Zitiervorschlag

Diekmann, L., Riphahn, R.T. & Schnitzer, M. (2023): Roundtables „International Perspectives on Evidence-based Policymaking“ und „How to strengthen Evidence-based Policymaking? Strategic Positioning within Government“ – Veranstaltungsdokumentation. Leopoldina-Forum Nr. 3, Halle (Saale): Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

### Redaktionsschluss

September 2023

# **Roundtables „International Perspectives on Evidence-Based Policymaking“ und „How to strengthen Evidence-based Policymaking? Strategic Positioning within Government“ – Veranstaltungsdokumentation**

**Initiative für evidenzbasierte Politikgestaltung 2023**  
**Lena Diekmann | Regina T. Riphahn | Monika Schnitzer**

---

In der Reihe „Leopoldina-Forum“ dokumentiert die Nationale Akademie der Wissenschaften vielfältige Perspektiven auf Fragestellungen hoher Relevanz für Wissenschaft und Gesellschaft.



# Inhalt

Einleitung .....	2
Beiträge aus der Veranstaltung „How to strengthen Evidence-based Policymaking? Strategic Positioning within Government“ (2022) .....	7
Großbritannien.....	7
Deutschland .....	9
Kanada .....	12
Beiträge aus der Veranstaltung „International Perspectives on Evidence-Based Policymaking“ (2021) .....	15
Australien.....	15
Neuseeland .....	17
Finnland .....	21
OECD .....	23
Schlusswort .....	28

## Einleitung

Die Initiative für evidenzbasierte Politikgestaltung der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina bietet eine Dialog- und Vernetzungsplattform mit und für Akteure aus Politik und Wissenschaften. Das Projekt besteht seit 2018 und wird vom Präsidialbüro der Akademie koordiniert. Ziel ist es, neben dem Austausch und der Vernetzung mit Politik und Verwaltung, ein Verständnis für die Rolle und Verantwortung von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern und den Wissenschaften auf dem Weg zu einer evidenzbasierten Politikgestaltung zu gewinnen.

Das Anliegen der Evidenzbasierung ist es, einen informierten politischen Diskurs zu ermöglichen, der sich in klar strukturierte, transparente und faktenbasierte Entscheidungsprozesse übersetzt. Empirische Analysen sollen und können den politischen Prozess dabei keinesfalls ersetzen, da politische Entscheidungen auch diplomatische Akte sind, die eine Vielzahl an Perspektiven inkorporieren. Die Berücksichtigung wissenschaftlicher Evidenz und der Ergebnisse empirischer Wirksamkeitsanalysen kann jedoch Politikformulierung und Politikergebnisse maßgeblich verbessern. Die Initiative für evidenzbasierte Politikgestaltung blickt hierfür politikfeldübergreifend auf Instrumente, Verfahren und Strukturen des Wissenschaftstransfers innerhalb des politischen Verwaltungssystems und des Parlaments. Zuletzt wurde die Perspektive im Projekt auf einen internationalen Rahmen ausgeweitet, um von vielversprechenden Aktivitäten in Politik und Verwaltung, die auf wissenschaftlichen Methoden beruhende Erkenntnisse nutzen, zu lernen: Wir dokumentieren hier die Ergebnisse zweier Roundtable-Formate, um den Impulsvorträgen sowie den daraus erwachsenen fruchtbaren Diskussionen auch abseits der knapp bemessenen Zeit solcher Online-Formate Rechnung zu tragen. Die beiden Veranstaltungen mit den Titeln „Internationale Perspektiven auf evidenzbasierte Politikgestaltung“<sup>1</sup> (2021)

---

1 Originaltitel: *International Perspectives on Evidence-Based Policy Making* am 18.02.2021 (online).

und „Wie kann man die evidenzbasierte Politikgestaltung stärken? Strategische Positionierung innerhalb der Regierung“<sup>2</sup>(2022) zeigten ausgewählte Beiträge aus den Nationen Australien, Neuseeland, Finnland, Großbritannien, Kanada, Deutschland und von der OECD. Die Beiträge in diesem Band wurden auf Basis der Vorträge der Referentinnen und Referenten verfasst und mit ihrer Unterstützung veröffentlicht. Wir danken allen herzlich für ihr Mitwirken und insbesondere Jeromin Zettelmeyer, dessen Analyse uns erlaubte, die Ergebnisse des zweiten Roundtables (2022) im Lichte des deutschen Verwaltungssystems zu betrachten. Einführend geben wir eine kurze Übersicht über die präsentierten Inhalte:

**Großbritannien: Miriam Styrnol, leitende Referentin der britischen Evaluation Task Force (ETF), stellt Arbeit und Bestreben der 2020 gegründeten Arbeitsgruppe in der britischen Regierung vor. Die Taskforce ist eine zentrale beratende und koordinierende Einheit, welche die Ressorts bei ihren Evaluationstätigkeiten unterstützt und dem Finanzministerium sowie dem Kabinettsbüro berichtet. Sie ist damit essenzieller Baustein eines Maßnahmenbündels, das durch Politikevaluationen die Qualität der öffentlichen Ausgaben verbessert. Als weitere Katalysatoren für Politikevaluationen – und damit für evidenzbasierte Politikgestaltung – dienen diverse Aufgabenprofile innerhalb der britischen öffentlichen Verwaltung.**

**Deutschland: Kai Hielscher, Leiter der Geschäftsstelle Reallabore im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, präsentiert die Entwicklung, Aktivitäten und Ziele der Geschäftsstelle. Sie ist Teil einer Innovationspolitik, die sich durch ein klares regulatorisches Erkenntnisinteresse auszeichnet. Die zeitlich und oft räumlich begrenzten Reallabore ermöglichen es, unter realen Bedingungen innovative Technologien, Produkte, Dienstleistungen oder Ansätze zu erproben, die vom vorhandenen Rechts- und Regulierungsrahmen noch nicht oder nur bedingt abgedeckt werden. Die Verwertung der Erkenntnisse aus diesen**

---

2 Originaltitel: *How to strengthen Evidence-based Policy Making Strategic Positioning within Government* am 20. September 2022 (online). Abrufbar unter: <https://www.youtube.com/watch?v=CEs0-0ISUY0> (zuletzt abgerufen am: 24.07.2023).

*Erprobungseinsätzen ist ein eindrückliches Beispiel für eine der Möglichkeiten, den Rechtsrahmen evidenzbasiert weiterzuentwickeln.*

**Kanada: Mona Nemer, Regierungsbeauftragte der Wissenschaften;** *Kanada zählt zu den wenigen Regierungen weltweit, die seit 2017 neben einem für die Wissenschaften zuständigen Bundesministerium auch eine/n Beauftragte/n für die Wissenschaft („Chief Science Advisor“) einsetzen. Die Position steht für eine unabhängige Beratung der Regierung in Fragen der Wissenschaft und die Wissenschaft betreffende Regierungspolitik. Das Mandat beinhaltet, bestehende Strukturen zu stärken sowie sicherzustellen, dass wissenschaftliche Evidenz den politischen Diskurs informiert und in Regierungsentscheidungen berücksichtigt werden kann. In Dr. Nemer's Aktivitäten zeigt sich, welche gestalterische Kraft die Mandatierung einer leitenden Regierungsberaterin für die Wissenschaft freisetzen kann.*

**Australien: Jason Lange, Office for Best Practice Regulation.** *Anhand der Regulierung von E-Zigaretten illustriert Jason Lange den Nutzen, der aus Erkenntnissen der Gesetzesfolgenabschätzung (GFA) resultiert. Dem Office for Best Practice Regulation, zentral angegliedert an die Abteilung des Premierministers und seines Kabinetts, obliegt die beratende Begleitung und Prüfung der von den Ressorts ausgeführten Gesetzesfolgenabschätzungen. Die GFA ist ein Instrument, das bei der Entwicklung und Implementierung wesentlicher politischer Entscheidungen hilft. Es unterstützt bei der Darstellung der Ziele von Regelungsvorhaben und sondiert evidenzbasiert die Möglichkeiten der Umsetzung sowie die daraus resultierenden Konsequenzen. Die erwarteten Vorteile einer Regulierung werden in Verhältnis zu den Kosten oder möglichen negativen Auswirkungen, die entstehen könnten, abgewogen und Zielkonflikte werden sichtbar gemacht.*

**Neuseeland: Jonathan Ayto, Principal Advisor am Finanzministerium und Teil des Regulatory Quality Teams** – *die Präsentation hält Jonathan Ayto als Privatperson. Der Beitrag zeigt die Anwendung einer konzeptuellen Verfahrensweise bei der Evidenzbasierung im politischen Handeln. Im Mittelpunkt steht hierbei die Schaffung theoretischer Rahmenwerke für politisches Handeln, die beeinflussen, welche Informationen und*

wissenschaftlichen Erkenntnisse in den Prozess der Politikgestaltung Eingang finden: Politische Ziele werden so transparent definiert und ihre Erreichung messbar. Jonathan Ayto stellt das Lebensstandard-Rahmenwerk und das Prinzip der Regulatorischen Verantwortung vor. Beide Konzepte erfordern, das Regulierungssystem in seiner Gesamtheit zu betrachten und seiner kontinuierlichen Veränderungen bei der politischen Gestaltung Rechnung zu tragen.

**Finnland: Maria Kaisa Aula, Staatssekretärin im Finanzministerium,** stellt die Entwicklung und Umsetzung des Pilotprojekts LAPE (2015–2023) vor. Das Programm entstand im Kontext der Reform der Kinder- und Familiendienste in Finnland und erprobt die Implementierung von vier ausgewählten psychosozialen Interventionen zur Unterstützung von Familien. Ziel des Programms ist die Verbesserung der Servicequalität der öffentlichen Dienste, anhand der strategischen Einführung evidenzbasierter Maßnahmen sowie der Aufbau einer Arbeitskultur, die sich auf aktuelles und evidenzbasiertes Wissen stützt. Maria Kaisa Aula zeichnet die wesentlichen Abschnitte der Projektimplementierung nach und reflektiert anhand dessen die Rolle der Evidenzbasierung in der politischen Gestaltung.

**OECD: Stéphane Jacobzone, Senior Advisor, Public Governance,** gibt einen Überblick über wesentliche Stellschrauben der evidenzinformierten Politikgestaltung. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) beteiligt sich aktiv an der Agenda für eine evidenzinformierte Politikgestaltung als Teil ihrer allgemeinen Bestrebung, das Vertrauen in staatliche Institutionen zu stärken. Hierfür hat die OECD Empfehlungen zum Thema ausgearbeitet, darunter zur Politikevaluierung und zur Qualität von Rechtsvorschriften. Zudem veröffentlicht sie thematische Berichte über den Aufbau von Kapazitäten für eine evidenzinformierte Politikgestaltung sowie über die Mobilisierung von Evidenz und wissenschaftlichen Studien für eine gute Regierungsführung. Die Themen werden auch im Rahmen von Länderstudien beleuchtet, um die Praktiken der Länder zu bewerten und den Austausch bewährter Verfahren zu erleichtern. Der Beitrag geht auf die Bedeutung von Evidenz im politischen Handeln – zu verstehen als Daten, Analysen, Evaluationen und wissenschaftliche Studien – und auf Voraussetzungen

*für den Transfer ein, wobei die qualitativen Standards der Evidenz ausschlaggebend sind. Es werden zudem einige Beispiele für die erfolgreiche Umsetzung evidenzbasierter Politik benannt.*

Die Beiträge spiegeln in ihrer Vielfalt exemplarisch die mögliche Bandbreite der Aktivitäten im Bereich der evidenzbasierten Politikgestaltung wider; sie sind jedoch nur als kleiner Ausschnitt zu verstehen und müssen im jeweiligen Kontext betrachtet werden. Es gilt: Jegliche Aktivität in der evidenzbasierten Politikgestaltung ist abhängig davon, in welchem Verfassungskontext sie stattfindet, ob Handelnde die manchmal unbequemen Prozesse robuster Analysen mittragen und vor allem, ob ihnen politischer Wille zugutekommt. Aus dem Vorhandensein entsprechender Strukturen ergibt sich nicht zwangsläufig ihre Nutzung. Es bedarf dazu engagierter Akteurinnen und Akteure auf der politischen Führungs- und Arbeitsebene sowie auf der Ebene der Wissenschaft. Letztere muss ihre Ergebnisse passgenau kommunizieren – ein nicht ganz einfaches Unterfangen. Wir sind der Auffassung, dass nur ein gemeinsam geführter Dialog die institutionellen Barrieren abbauen und den Transfer erleichtern kann.

Mit unseren Veranstaltungsformaten und weiteren Aktivitäten der Initiative hoffen wir, einen Beitrag in diesem Feld zu leisten, und freuen uns über die vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Bundesregierung, aus wissenschaftlichen Einrichtungen und anderen, die sich für die Veranstaltungen angemeldet hatten.

# Beiträge aus der Veranstaltung „How to strengthen Evidence-based Policymaking? Strategic Positioning within Government“ (2022)

## Großbritannien

### **Zusammenfassung auf Basis des Beitrags von Miriam Styrnol, leitende Referentin für Evaluation in der Evaluation Task Force des britischen Finanzministeriums und des Kabinettsbüros**

Die Evaluation Task Force (ETF) ist eine Arbeitsgruppe in der britischen Regierung, die dem Finanzministerium und dem Kabinettsbüro Bericht erstattet. Sie wurde 2020 in der Absicht ins Leben gerufen, durch Politik-evaluationen die Qualität der öffentlichen Ausgaben zu verbessern. Die ETF ist eine zentrale beratende und koordinierende Einheit, welche die Ressorts bei ihren Evaluationstätigkeiten unterstützt und die Ergebnisse begutachtet. Die enge Zusammenarbeit mit dem Finanzministerium gehört zu den wesentlichen Weichen für die rege Inanspruchnahme der Leistungen der Taskforce. Bis März 2023 war sie bei 211 Evaluationen von Regierungsprogrammen (im Umfang von 115 Milliarden Pfund) beratend tätig.<sup>3</sup>

Um Evaluierungsergebnisse zu nutzen, bietet die ETF regierungsübergreifend Teams und Ressourcen an, die im gesamten Politikprozess zum Tragen kommen können. Die Ressorts werden in der Politikformulierung u.a. zum Design von Evaluierungsplänen und ihrer angemessenen Budgetierung beraten. Die Regierung wird zur Bewertung der Qualität von Evaluierungen, welche den Finanzierungsanträgen beiliegen, von der Taskforce unterstützt. Auch die jährlichen Ressortpläne<sup>4</sup>, die Ergebnisse und zukünftige Maßnahmen zu politischen

3 Evaluation Task Force Output and Outcome Indicators (2023) <https://www.gov.uk/government/publications/evaluation-task-force-output-and-outcome-indicators-march-2023> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

4 Im englischen Original: *Operational Delivery Plan*.

Schlüsselthemen der Ressorts darlegen, werden auf ihre Evaluationsdimension hin begutachtet. Die Taskforce bewertet die Angemessenheit der Evaluationspläne und stellt sicher, dass Evaluationsergebnisse in der Arbeit der Ressorts genutzt werden. Das klare Bewertungssystem berücksichtigt den Teil des Aufgabenportfolios der ETF, der sich der Erhöhung der Transparenz und der Rechenschaftspflicht sowie der Verbesserung der Kommunikation über Evaluierungsvorhaben und -ergebnisse widmet. So betreibt die Abteilung eine Informationsplattform<sup>5</sup>, auf der sie aktuelle Informationen über ihr Wirken, das Angebot von Methodentrainings, Leitfäden und Evaluationsergebnisse bereitstellt. Als zusätzlichen Anreiz zur Erhöhung der Evaluationsaktivitäten verwaltet die ETF einen Fond in Höhe von 50 Millionen Pfund, aus dem die Ressorts Gelder für Evaluationen in als prioritär definierten Regierungsvorhaben abrufen können.<sup>6</sup>

Als Katalysator für Politikevaluationen dienen diverse Aufgabenprofile innerhalb der britischen öffentlichen Verwaltung. Ein Großteil der Ressorts verfügt neben einer oder einem Abteilungsdirektor/in für Analysen<sup>7</sup> auch über eine/n Beauftragte/n für die Wissenschaft<sup>8</sup> und setzt Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler als beratende Analytiker für Politikevaluationen<sup>9</sup> ein.

Weiterhin ist der Aufbau und die Koordination externer Strukturen, die zu einer effektiven und effizienten Politikgestaltung beitragen, Teil des Maßnahmenpaketes der ETF. Das „Evaluation and Trial Advice Panel (ETAP)“<sup>10</sup> ist solch eine Beratungsstruktur, die externe Expertise zur Verbesserung von Evaluationsbemühungen hinzuholt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Ressorts können ihre Projekte in dem Gremium zur Diskussion stellen und die Qualität ihrer Evaluationen erhöhen. Darüber hinaus fungiert die ETF als Sekretariat zu den What Works-

---

5 Webseite der Evaluation Task Force <https://www.gov.uk/government/organisations/evaluation-task-force> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

6 Evaluation Accelerator Fond (EAF) <https://www.gov.uk/government/publications/evaluation-accelerator-fund> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

7 Original: *Departmental Director of Analysis* (DDAn).

8 Original: *Chief Scientific Advisor*.

9 Original: *Government Social Research Profession*.

10 The Evaluation and Trial Advice Panel (ETAP) <https://www.gov.uk/government/publications/cross-government-trial-advice-panel-role-and-membership> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

Einrichtungen<sup>11</sup> – ein Netzwerk aus 13 Forschungszentren, die wissenschaftliche Politikberatung zur Aufgabe haben.

Im Jahr 2019 – ein Jahr vor Gründung der ETF – stellte das britische Kabinettsbüro fest, dass für nur 8 % der Ausgaben zu wesentlichen Regelungsvorhaben in Schlüsselbereichen der Regierung (insg. £432 Mrd.) solide Evaluierungspläne vorliegen.<sup>12</sup> Die sich seit April 2021 im Einsatz befindende ETF zählt seitdem, mit einer Vielzahl an Maßnahmen und Angeboten für die öffentliche Verwaltung, zu den weltweiten Schrittmacherinnen eines auf Effektivität und Effizienz ausgerichteten Politikstils. Das Finanzministerium hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2025 jedes neue und wesentliche Regelungsvorhaben der britischen Regierung mit einem Evaluierungsplan auszustatten.<sup>13</sup>

## Deutschland

### **Zusammenfassung auf Basis des Vortrags von Kai Hielscher, Leiter der Geschäftsstelle Reallabore im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz**

Als Reallabore werden zeitlich und oft räumlich begrenzte Testräume für Innovationen und Regulierungen bezeichnet. Das Konzept ermöglicht es, unter realen Bedingungen innovative Technologien, Produkte, Dienstleistungen oder Ansätze zu erproben, die vom vorhandenen Rechts- und Regulierungsrahmen noch nicht oder nur bedingt abgedeckt werden oder bei denen noch offene Fragen bestehen. Ziel ist es, die Innovationsfreundlichkeit Deutschlands zu stärken und über die Folgen des Einsatzes einer Innovation zu lernen, ohne bestehende Schutzstandards aufzuweichen. Reallabore sind damit Teil einer Innovationspolitik, die sich durch ein klares regulatorisches Erkenntnisinteresse

---

11 What Works Network <https://www.gov.uk/guidance/what-works-network> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

12 House of Commons. Committee of Public Accounts. *Use of evaluation and modelling in government* (2022). <https://committees.parliament.uk/publications/22451/documents/165470/default/> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

13 ETF Strategie 2022-2025: <https://www.gov.uk/government/publications/the-evaluation-task-force-strategy-2022-2025> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

auszeichnet. Die Verwertung der Erkenntnisse aus diesen Testeinsätzen ist ein eindrückliches Beispiel für eine der Möglichkeiten, den Rechtsrahmen evidenzbasiert weiterzuentwickeln.

Die Geschäftsstelle Reallabore<sup>14</sup> ist im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz ansässig. Sie begleitet die Umsetzung von Reallaboren beratend, wirkt als zentrale Informationsplattform und arbeitet an innovationsfreundlichen Rahmenbedingungen für Reallabore. Das heute umfassende Aufgabenportfolio der Geschäftsstelle geht zurück auf eine auf Arbeitsebene und in weiteren Zuständigkeitsbereichen im Ministerium diskutierte Projektidee, wie die Entwicklung und Marktintegration von digitalen und nachhaltigen Innovationen in Deutschland gestärkt werden könnte. Auf Basis dieser gemeinsamen Arbeit, eines umfangreichen Dialogprozesses mit der Praxis, verschiedener in Auftrag gegebener Bedarfsanalysen und Gutachten sowie Umfragen unter den Mitgliedern des Netzwerks Reallabore wurde die Reallabore-Strategie<sup>15</sup> entwickelt, die die Geschäftsstelle Reallabore seit 2019 umsetzt. Neben der Verbesserung des Rechtsrahmens hat sich die Geschäftsstelle zum Auftrag gemacht, (Rechts-)Unsicherheiten und Informationsdefizite abzubauen sowie die Vernetzung von Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung zu stärken. Informationsangebote wie das Handbuch und der Innovationspreis sowie das Netzwerk Reallabore mit über 700 Mitgliedern, gehören zu den zentralen Bausteinen einer umfassenden Informations- und Vernetzungsarbeit.

Instrument und zentraler Mechanismus, die oft den Einsatz der Reallabore ermöglichen, sind Experimentierklauseln im Rechtsrahmen. Soll beispielsweise in einer Gemeinde ein Reallabor zum autonomen Fahren und Personentransport getestet werden, so ebnet u. a. die Experimentierklausel im Personenbeförderungsgesetz<sup>16</sup> den Weg dorthin. Die Geschäftsstelle Reallabore setzt sich in Zusammenarbeit mit einer

---

14 Geschäftsstelle Reallabore <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/reallabore-testraeume-fuer-innovation-und-regulierung.html> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

15 Reallabore-Strategie <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Dossier/reallabore-testraeume-fuer-innovation-und-regulierung.html> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

16 Experimentierklausel im §2 (7) Personenbeförderungsgesetz:  
„Zur praktischen Erprobung neuer Verkehrsarten oder Verkehrsmittel kann die Genehmigungsbehörde auf Antrag im Einzelfall Abweichungen von Vorschriften dieses Gesetzes oder von auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften für die Dauer von höchstens vier Jahren genehmigen, soweit öffentliche Verkehrsinteressen nicht entgegenstehen.“

interministeriellen Arbeitsgruppe Reallabore dafür ein, Experimentierklauseln auf nationaler und europäischer Ebene zu stärken.

Im April 2021 beschloss die Bundesregierung in ihrem Paket für Bürokratierleichterungen<sup>17</sup> in Zukunft für jedes Gesetz zu prüfen, ob durch die Aufnahme einer Experimentierklausel ggf. Reallabore zum Einsatz kommen können. Dies verdeutlicht das Potenzial, das eine Bottom-up-Initiative haben kann. Die Anwendung der Prüfung ist gegenwärtig nicht obligatorisch, obschon die Innovationsfreundlichkeit des deutschen Rechtsrahmens durch die zunehmende Verbreitung der Klauseln gestärkt wird. Sinnvoll ist es, wenn die Klauseln die Verpflichtung zur systematischen Evaluation der Reallabore enthalten. Eine Arbeitshilfe zur Formulierung von Experimentierklauseln<sup>18</sup> zur Unterstützung von Juristinnen und Juristen wurde bereitgestellt. Auf europäischer Ebene wurden 2020 im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft ein gemeinsames Verständnis der 27 Mitgliedstaaten zu Reallaboren und Experimentierklauseln geschaffen und die Europäische Kommission dazu angehalten, in künftigen Rechtsakten die Aufnahme von Reallaboren und Experimentierklauseln zu berücksichtigen.<sup>19,20</sup>

Aktuell arbeitet die Geschäftsstelle am Reallabore-Gesetz, welches als Auftrag aus dem Koalitionsvertrag einheitliche Standards und neue (rechtliche) Möglichkeiten für Reallabore schaffen soll. Eine wichtige Säule ist die Evaluation der Reallabore, die erst ein kontinuierliches regulatorisches Lernen ermöglicht.

---

17 22-Punkte-Paket für Bürokratierleichterung der Bundesregierung beschlossen am 13.04.2021: <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/M-O/massnahmenpaket-buerokratieabbau.html> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

18 Arbeitshilfe zur Formulierung von Experimentierklauseln <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Publikationen/Digitale-Welt/recht-flexibel-arbeitshilfe-experimentierklauseln.html> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

19 Schlussfolgerungen des Rates der europäischen Union am 16.11.2020. <https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-13026-2020-INIT/de/pdf> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

20 In den aktuellen Entwürfen zur KI-Regulierung wird das Ansinnen, künftig Experimentierklauseln und Reallabore zu berücksichtigen, umgesetzt.

## Kanada

### **Zusammenfassung auf Basis des Vortrages von Dr. Mona Nemer, Beauftragte der Wissenschaften der kanadischen Regierung**

Die kanadische Regierung zählt zu den wenigen Regierungen weltweit, die seit 2017 neben einem für die Wissenschaften zuständigen Bundesministerium auch eine/n Beauftragte/n für die Wissenschaft („Chief Science Advisor“) einsetzen. Die Position steht für eine unabhängige Beratung der Regierung in Fragen der Wissenschaft und die Wissenschaft betreffende Regierungspolitik. Dies beinhaltet zum einen Empfehlungen, wie wissenschaftliche Erkenntnisse bei politischen Entscheidungen berücksichtigt werden können. Zum anderen sollen wissenschaftliche Erkenntnisse der Regierung der Öffentlichkeit im vollen Umfang zugänglich sein. Seit der Einführung der Position ist sie mit der Molekularkardiologin Dr. Mona Nemer besetzt. Die ehemalige Professorin und Vizepräsidentin für Forschung der Universität Ottawa wurde für Ihre Arbeiten vielfach ausgezeichnet.

Obschon Kanada auf eine lange Tradition im Einsatz evidenzbasierter regulierungspolitischer Instrumente, wie der Evaluation politischer Programme, blicken kann,<sup>21</sup> sah sich die Regierung im Jahr 2012 mit Protesten aus Reihen der Wissenschaftsgemeinde zum Umgang mit wissenschaftlicher Evidenz in politischen Entscheidungen konfrontiert. Die Kürzung von Budgets bei Umweltprogrammen und der Eindruck einer schlechten Informationspolitik bei unliebsamen wissenschaftlichen Erkenntnissen brachte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf und ließ sie in einer symbolischen Protestaktion auf dem Parlamentshügel die wissenschaftliche Evidenz zu Grabe tragen.<sup>22</sup> Im Jahr 2015 griffen die Wahlprogramme der kanadischen Parteien die Besorgnisbekundung auf und entwickelten Konzepte für eine stärkere Repräsentation der Wissenschaften in der kanadischen Regierung. 2017 wurde das Amt

---

21 Derlien, H-U. (1997). Evaluationen im internationalen Kontext. In W. Bussmann, U. Klöti & P. Knoepfel (Hrsg.). *Einführung in die Politikevaluation*. Basel und Frankfurt am Main: Helbing & Lichtenhahn.

22 (2012, Juli). Death of scientific evidence mourned on Parliament Hill. CBC News. <https://www.cbc.ca/news/politics/death-of-scientific-evidence-mourned-on-parliament-hill-1.1218019> (zuletzt abgerufen: 24.7.2023).

der/des Beauftragten für die Wissenschaft eingeführt; die Kundgebung mag als Kristallisationspunkt für die Einführung gedeutet werden.

Das Mandat der/des Beauftragten der Wissenschaften sieht die Koordination der wissenschaftlichen Beratung der Premiers, des für die Wissenschaften zuständigen Ministeriums<sup>23</sup> sowie des Kabinetts vor. Dazu zählt die Aufbereitung von Forschungsergebnissen und die strategische Vorausschau zu Schlüsselthemen der Regierung. Neben der beratenden Tätigkeit kommen in der Rolle gestalterische Aspekte zum Tragen. So steht die/der Beauftragte in der Verantwortung nicht nur zu bestehenden Strukturen zu beraten, sondern auch neue Prozesse zu empfehlen, die sicherstellen, dass wissenschaftliche Analysen in der Entscheidung der Regierung berücksichtigt werden. Weitere Aufgabenbereiche sind Empfehlungen zur Förderung exzellenter Forschung und zum öffentlichen Zugang zu den wissenschaftlichen Erkenntnissen der akademischen Forschung und insbesondere zur Forschung des Bundes. Ein Bericht<sup>24</sup> für die/den Premierminister/in und das Wissenschaftsministerium informiert jährlich zum Stand der Wissenschaft bzw. der wissenschaftlichen Infrastruktur in der kanadischen Regierung.

Mit der Einrichtung des Amtes gelang Dr. Nemer die Einführung von Richtlinien für die Wahrung wissenschaftlicher Integrität im politischen Betrieb.<sup>25</sup> Die 2018 veröffentlichten Grundsätze zur verantwortungsvollen Durchführung, Kommunikation und Nutzung von Forschung und Wissenschaft in der Regierung bietet Orientierung und setzt einheitliche Standards. Die Ressorts, die zu den Erstanwenderinnen gehörten, verhalfen mit ihrem Feedback der Beauftragten zur Entwicklung von Instrumenten, Ressourcen und Schulungen mit dem Ziel, den Wissenstransfers zur Erreichung politischer Ziele zu erleichtern.

Weiterhin betreibt die Beauftragte den Ausbau des wissenschaftlichen Beratungsnetzes und der Open Science-Aktivitäten.<sup>26</sup> Der Ansatz zielt darauf ab, wissenschaftliche Prozesse transparent zu gestalten und

---

23 Original: *Ministry for Innovation, Science and Industry*.

24 Chief Science Advisor. *Annual Report*. <https://science.gc.ca/site/science/en/office-chief-science-advisor/annual-reports> (zuletzt abgerufen: 24.7.2023).

25 Model Policy on Scientific Integrity <https://science.gc.ca/site/science/en/office-chief-science-advisor/model-policy-scientific-integrity#1> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

26 Roadmap Open Science (2020). <https://science.gc.ca/site/science/en/office-chief-science-advisor/open-science/roadmap-open-science> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

den offenen Zugang zu erhobenen Daten zu ermöglichen. Der Themen-transfer von Bürgerinnen und Bürgern in die Wissenschaft ist ein weiterer Aspekt der offenen Wissenschaftspraxis. Exemplarisch dafür steht die Gründung des kanadischen Jugendrates;<sup>27</sup> Aufgabe des Gremiums ist die evidenzbasierte Sondierung von Themen, die junge Menschen betreffen.

Die Vielzahl der Aktivitäten macht erkenntlich, wieviel gestalterische Kraft die Mandatierung einer/eines Beauftragten für die Wissenschaft freisetzen kann; in Kanada fördert es den fortwährenden Dialog zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaft und Verwaltung und schafft Vertrauen in die Regierungsführung. Durch die externe und integrative Perspektive können politische Entscheidungsträgerinnen und -träger in allen Politikfeldern, und in der Wissenschafts- und Forschungspolitik im Besonderen, Nutzen ziehen. Die Rolle profitiert von einer in den Wissenschaften erfahrenen Person. Dr. Nemer erachtet Klarheit in der Kommunikation, Ehrlichkeit und Integrität als wesentliche Erfolgsfaktoren für die Ausübung ihres Mandats.

---

27 OCSA's Youth Council (CSA-YC) <https://science.gc.ca/site/science/en/office-chief-science-advisor/ocsas-youth-council-csa-yc> (zuletzt abgerufen: 24.07.2023).

## Beiträge aus der Veranstaltung „International Perspectives on Evidence-Based Policymaking“ (2021)

### Australien

#### **Zusammenfassung des australischen Beitrags „Regulatory Impact Analysis (RIA)“ von Jason Lange, Office for Impact Analysis (früher: Office for Best Practice Regulation), Abteilung des Ministerpräsidenten und des Kabinetts**

Australien gehört zu den führenden Nationen im systematischen Einsatz regulierungspolitischer Instrumente, welche durch die systematische Integration wissenschaftlicher Erkenntnisse die Evidenzbasierung im politischen Handeln stärken.<sup>28</sup> Hierzu zählt die Gesetzesfolgenabschätzung (GFA), die in die Zuständigkeit des an die Abteilung des Premierministers angegliederten Office for Impact Analysis (OIA) fällt.<sup>29</sup> Das OIA erreichen jährlich bis zu 1.800 politikfeldübergreifende wesentliche Gesetzesänderungen zur Prüfung, von denen nur etwa 5 % den zur Finalisierung einer GFA notwendigen Schwellenwert erreichen.<sup>30</sup>

Die GFA ist ein Instrument, das bei der Analyse neuer politischer Entscheidungen hilft. Es unterstützt bei der Darstellung der Ziele und sondiert evidenzbasiert die Möglichkeiten der Umsetzung sowie die daraus resultierenden Konsequenzen. Die erwarteten Vorteile einer wesentlichen Gesetzesänderung werden in Verhältnis zu den Kosten oder möglichen negativen Auswirkungen, die entstehen könnten, abgewogen und Zielkonflikte werden sichtbar gemacht. An der Analyse der Auswirkungen der Umsetzung einer politischen Entscheidung sind in der GFA

---

28 OECD (2021). *OECD Regulatory Policy Outlook 2021*. OECD Publishing. <https://doi.org/10.1787/38b0fdb1-en> (zuletzt abgerufen: 25.07.2023).

29 *Das Office for Best Practice Regulation (OBPR)* ist seit 2014 am Ressort des Premiers und des Kabinetts. Seit dem 18.11.2022 heißt es Office for Impact Analysis (OIA) <https://oia.pmc.gov.au/> (zuletzt abgerufen: 25.07.2023).

30 Ob der Schwellenwert überschritten wird, berechnet sich aus den erwartbaren Auswirkungen auf Unternehmen und/oder Individuen.

eine Vielzahl von Bereichen wie Umwelt, Public Health, Beschäftigung, Arbeitsmarkt, Wettbewerbspolitik und Folgekosten für Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürger beteiligt. Zudem müssen Verteilungseffekte berücksichtigt werden: Die Prüfung, ob die Auswirkungen für Personengruppen und weitere Akteurinnen und Akteure unterschiedlich ausfallen, z. B. bei Unterschieden in den Einkommensgruppen, in Abhängigkeit der Unternehmensgröße, des Genders, der indigenen Bevölkerung oder in der Stadt/Land-Differenz.

Zu den Herausforderungen zählt, dass ein essenzieller Teil der GFA auf wissenschaftlichen Evidenzen basiert, sie jedoch nicht das alleinige Entscheidungskriterium darstellen; manche (immaterielle) Güter sind schwer zu quantifizieren und limitierte öffentliche Gelder machen Abwägungen bei der Umsetzung politischer Entscheidungen unvermeidbar. Aufgabe der GFA ist es, der Regierung in einer Gesamtbewertung alle diese Aspekte darzustellen.

Die wegweisende Rolle, die einer GFA im Prozess der Rechtsetzung zukommen kann, wird am australischen Beispiel des geplanten Verbots der E-Zigarette deutlich. Trotz der massiven gesellschaftlichen Schäden des Tabakkonsums und der kontroversen Rolle der E-Zigarette, stieß die Entscheidung über ein E-Zigaretten-Verbot in Teilen der Politik und der Gesellschaft auf Ablehnung. Der erste Versuch der Regulierung wurde vom zuständigen Minister noch am selben Tag der Entscheidungsverkündung widerrufen.<sup>31</sup> Die Aufsichtsbehörde hatte in ihrer Analyse der E-Zigaretten nur die klinischen Aspekte begutachtet und keine Alternativen zum Verbot einbezogen. Erst eine GFA mit Hilfe des damaligen *Office for Best Practice Regulation* konnte die schädlichen Auswirkungen auf Individuum und Unternehmen klar darlegen, Regulierungsalternativen zu einem Verbot begutachten und so die Entscheidung des Ministeriums über eine Kompromisslösung fundieren. Der zuvor als unnötig erachtete Prozess der GFA wurde zum zentralen Analysedokument der politischen Entscheidung. Im Ergebnis werden seit Oktober 2021 E-Zigaretten in Australien durch eine Rezeptpflicht reguliert.

---

31 (2020, December). Vaping: Greg Hunt abandons plans to ban importation of devices after Coalition revolt: Decision may reduce enforcement of ban on possession of liquid nicotine without a prescription. *The Guardian*. <https://www.theguardian.com/australia-news/2020/dec/22/vaping-greg-hunt-abandons-plans-to-ban-importation-of-devices-after-coalition-revolt> (zuletzt abgerufen: 25.07.2023).

## Neuseeland

### **Zusammenfassung des Beitrags „The NZ Government’s Well-being Approach and Treasury’s Living Standards Framework and Regulatory Stewardship“ von Jonathan Ayto, Principal Advisor am neuseeländischen Finanzministerium und Teil des Regulatory Quality Teams (die Präsentation hält Jonathan Ayto als Privatperson)**

Neuseelands Beispiel demonstriert die Möglichkeit einer konzeptuell geleiteten Herangehensweise der Evidenzbasierung in der Politikgestaltung: Die Schaffung eines theoretischen Rahmenwerkes für politisches Handeln, das beeinflusst, welche Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnisse in diesen Prozess Eingang finden. Das vom Finanzministerium entwickelte Lebensstandard-Rahmenwerk (LSF)<sup>32</sup> erleichtert politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine Metaperspektive einzunehmen und bei der Gestaltung von Maßnahmen über deren langfristige Auswirkungen auf die verschiedenen Dimensionen von Wohlstand zu reflektieren. Die vorab definierten Faktoren der einzelnen Dimensionen ermöglichen eine systematische Berücksichtigung wissenschaftlicher Evidenz in politischen Entscheidungen. Ein weiteres Rahmenwerk ist das Prinzip der Regulatorischen Verantwortung<sup>33</sup>. Die beiden Konzepte unterscheiden sich in Zielsetzung und Ausdefinition: Die Regulatorische Verantwortung ist ein im Public Service Act<sup>34</sup> festgehaltenes Selbstverständnis der Regulierungsbehörden. Es besagt, dass Regulierungssysteme wichtige gesellschaftliche Kapitalanlagen sind, die eines kontinuierlichen Monitorings und der Pflege bedürfen. Beide Maximen der Politikgestaltung eint ihr Bestreben, das Regulierungssystem ganzheitlich zu betrachten und politische Maßnahmen langfristig sowie im Lichte ihrer verteilungspolitischen Effekte zu konzipieren; sie werden im Folgenden kurz vorgestellt.

---

32 Im Original: *Living Standard Framework*.

33 Im Original: *Regulatory Stewardship*.

34 *Regulatory Stewardship* – hier mit Regulatorischer Verantwortung übersetzt – ist eines von fünf Prinzipien des neuseeländischen Public Service Acts (2020) <https://www.legislation.govt.nz/act/public/2020/0040/latest/LMS356871.html> (zuletzt abgerufen am: 25.07.2023).

**Living Standard Framework:**

Das 2011 entworfene und im Laufe der Zeit fortentwickelte Modell bildet Wohlstand als Aggregat einer Vielzahl von Faktoren ab. Die Zusammenführung dieser Faktoren in einem übergeordneten Rahmen, ihre Definition und Messbarkeit, stellt einen Paradigmenwechsel in der neuseeländischen Politik dar. Der Entwicklung des Rahmenwerks ging die Besorgnis voraus, dass traditionelle Messwerte wie das Bruttoinlandsprodukt zu eng gefasst sind, um die neuseeländischen Wohlstandswerte adäquat abzubilden. Die sorgfältig ausdefinierten und aus dem OECD Better Lives Index<sup>35</sup> gespeisten Dimensionen (siehe Abb. 1) dienen nun als Vorgabe, welche Größen in der Formulierung einer Policy Beachtung finden sollten. Ziel des LSF ist es zum einen, die langfristigen Auswirkungen politischer Entscheidungen zu verstehen und systematisch zu berücksichtigen und zum anderen, die für politische Entscheidungen verwendete Evidenz bzw. die -bedarfe offenzulegen. Die Systemperspektive bildet zudem die vielfältigen Voraussetzungen für den von Neuseeland definierten Wohlstandsbegriff ab. Zu den konzeptionellen Herausforderungen zählt der Dialog darüber, was Wohlergehen bedeutet, wie es gemessen und wessen Wohlergehen adressiert wird.<sup>36</sup> Die Parameter des Modells können generationenübergreifend oder vor dem Hintergrund der kulturellen und/oder sozioökonomischen Prägung eine andere Bedeutung erlangen. Das Modell selbst und der Regierungsbeschluss<sup>37</sup>, das LSF zum Zentrum politischer Entscheidungen zu machen, verändert die

---

35 OECD Better Life Index <https://www.oecdbetterlifeindex.org> (zuletzt abgerufen am: 25.07.2023).

36 In der aktuellen Fassung des LSF-Modells (2022) werden drei Ebenen unterschieden: Das Wohlergehen auf der individuellen und kollektiven Ebene, die Rolle der Institutionen bei der Sicherstellung des Wohlergehens und der Wohlstand von Aotearoa-Neuseeland. Der von der indigenen Bevölkerung geprägte Begriff umfasst Aspekte des Wohlstands, die in volkswirtschaftlich Metriken oft nicht erfasst werden, z.B. die Natur als Ressource oder die Entwicklungsmöglichkeiten eines Menschen. Die Ebene des individuellen und kollektiven Wohlergehens setzt sich aus insgesamt 12 Werten zusammen, die als wichtige Voraussetzung für das Wohlbefinden von Einzelpersonen sowie Gemeinschaften definiert wurden. Sie erstrecken sich von Gesundheit und Einkommen über den Wohnraum bis hin zu den sozialen Bindungen (s. Abbildung 1). Jeder dieser Werte wird von einem eigens vom Finanzministerium entwickelten Set an Indikatoren erhoben. Zudem müssen bei der Anwendung des Rahmenwerks Verteilungseffekte berücksichtigt werden, die zwischen Personengruppen, Orten, Generationen, etc. variieren können.

37 „Speech from the Throne“ for the opening of the NZ Parliament in 2017 <https://www.beehive.govt.nz/speech/speech-throne-2017> (zuletzt abgerufen 25.07.2023).

Art und Weise, wie die Regierung Themen bearbeitet und ihre Ergebnisse misst. Mit dem Rahmenwerk gehen gesetzliche Berichtspflichten einher, so dass ab 2022 alle vier Jahre ein Wohlstands-Bericht<sup>38</sup> veröffentlicht werden muss.

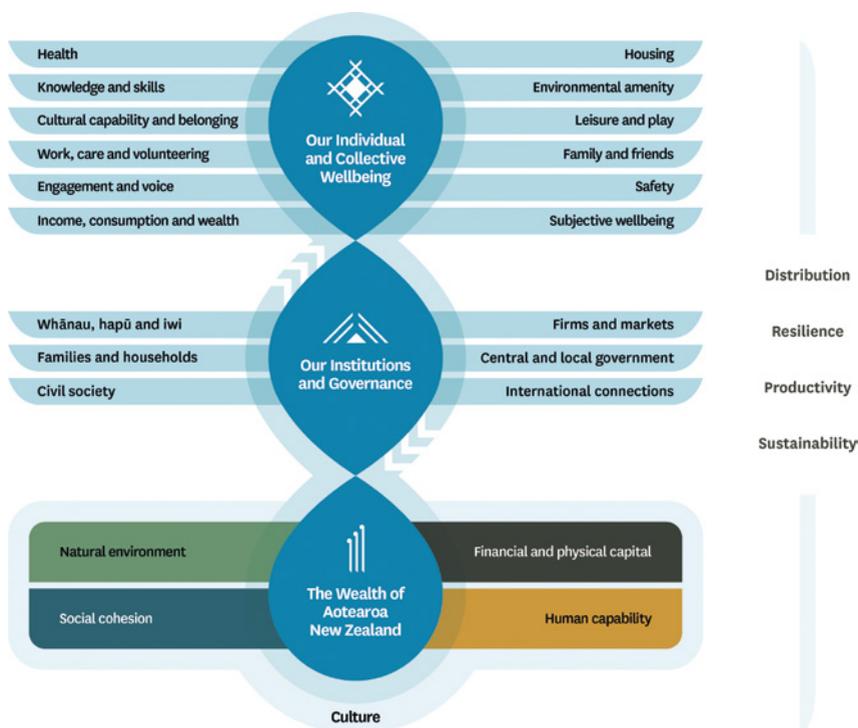


Abb.1. Vom neuseeländischen Finanzministerium entwickeltes Lebensstandard-Rahmenwerk in der 2021 aktualisierten Fassung (<https://www.treasury.govt.nz/information-and-services/nz-economy/higher-living-standards/our-living-standards-framework> (zuletzt abgerufen 25.07.2023))

38 Wellbeing Report. <https://www.treasury.govt.nz/publications/strategies-and-plans/wellbeing-report> (zuletzt abgerufen 25.07.2023).

### Regulatory Stewardship:

Als Regulierungen werden im weitesten Sinne alle staatlichen Interventionen verstanden, die auf eine Verhaltensbeeinflussung von Individuen, Unternehmen und anderen Akteuren abzielen. Das Prinzip der regulatorischen Verantwortung betrachtet Regulierungssysteme als Kapitalanlage des Staates, ihm liegt die Annahme zu Grunde, dass mittels Regulierung ein Mehrwert entsteht, der die Kosten übersteigt.<sup>39</sup> Wie viele andere Vermögenswerte verlieren Regulierungssysteme im Laufe der Zeit an Wert, wenn sie nicht systematisch überwacht und laufend gepflegt werden.

Zentrales Anliegen des Prinzips der Regulatorischen Verantwortung ist die Durchsetzung der Perspektive, dass politische Ziele (z.B. Sicherheit am Arbeitsplatz) eine Reihe von Maßnahmen erfordern, die aufgrund ihrer wechselseitigen Abhängigkeiten immer als integriertes System zu betrachten sind. Die Behörden sind gefordert, diese Abhängigkeiten und ihre laufenden Veränderungen bei der politischen Gestaltung durch proaktives und kooperatives Vorgehen untereinander zu berücksichtigen.

Ein weiteres Element des Prinzips der Regulatorischen Verantwortung ist es, die langfristige Wirksamkeit der Regulierungen sicherzustellen, da Auswirkungen politischer Entscheidungen per se unsicher sind – sei es auf Grund einer sich beständig verändernden Umwelt (durch zum Beispiel technische und gesellschaftliche Veränderungen) oder auf Grund von Fehlerquellen im Policy Design. Damit steht das Prinzip der Verantwortung für einen Gegenentwurf zur „set and forget“-Haltung<sup>40</sup> – ein häufiges Phänomen im komplexen Prozess der Rechtsetzung, bei dem meist erst im Zusammenhang mit regulatorischem Versagen „vergessene“ Regulierungen in Erinnerung treten. Die Regulierungskontrolle durch Behörden sollte deshalb möglichst die folgenden drei Bereiche umfassen: (1) die kontinuierliche Prüfung und Berichterstattung darüber, ob die Regulierungsziele erreicht werden; (2) die Anwendung von regulierungspolitischen Instrumenten (Risiko- und Gesetzesfolgenab-

---

39 Ayto, J. (2014). Why Departments Need to be Regulatory Stewards. *Policy Quarterly*, 10 (4), 23-27. <https://ojs.victoria.ac.nz/pq/article/view/4506> (zuletzt abgerufen 25.07.2023).

40 Übersetzung von *Set and forget* im Sinne vom Vergessen einer Handlung, nach ihrem Ausführen.

schätzung, Stakeholderkonsultationen) sowie (3) die Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Regulierungsbehörden.<sup>41</sup>

Das Lebensstandard-Rahmenwerk und das Prinzip der Regulatorischen Verantwortung tragen der Erkenntnis Rechnung, dass politische Entscheidungen oftmals zu einem Zeitpunkt vorliegen müssen, an dem noch wenig über das Wirken einer entsprechenden Regulierung bekannt ist. Die konzeptionellen Ansätze greifen dies auf, in dem sie politische Maßnahmen als Experimente innerhalb komplexer und adaptiver Systeme verstehen. Durch die Darstellung übergeordneter politischer Ziele und die Bekennung zu ganzheitlichen Perspektiven, bieten die Konzepte den politisch Entscheidenden und der Verwaltung Orientierung. Sie helfen zu bestimmen, welche Art von Informationen und wissenschaftlichen Erkenntnissen einbezogen werden sollten<sup>42</sup> und flankieren den Weg in die transparente und kohärente Gestaltung von Politikmaßnahmen.

## Finnland

### **Zusammenfassung des Beitrags „Evidence-based Policymaking – Piloting with Psycho-Social Interventions to Help Families and Children“ von Maria Kaisa Aula, Staatssekretärin im finnischen Finanzministerium**

Innerhalb der finnischen Regierung wird intensiv über die Stärkung regierungspolitischer Instrumente zur Förderung evidenzbasierter Politikgestaltung diskutiert. Eine Vielzahl an Projekten und Programmen beinhaltet bereits Forschung und Wirkungsanalyse,<sup>43</sup> jedoch bedarf es einheitlicher formaler Verfahren und eines strategischen Überbaus, um die auf der Mikroebene umgesetzten Prozesse systematisch in die Poli-

41 OECD. (2021). *OECD Regulatory Policy Outlook 2021*. OECD Publishing, Paris. <https://doi.org/10.1787/38b0fdb1-en> (zuletzt abgerufen 25.07.2023).

42 Weijers, D. & Morrison, P.S. (2018). Wellbeing and Public Policy. Can New Zealand be a leading light for the wellbeing approach? *Policy Quarterly* 14 (4). DOI: <https://doi.org/10.26686/pq.v14i4.5144> (zuletzt abgerufen 25.07.2023).

43 Sichtbar z. B. in Strategien für den Sozial- und Gesundheitssektor, in der erfolgreichen Einführung von *Social Impact Bonds* und in der Strukturreform der Finanzministerien *Employment rate up!*. In Planung ist die Einrichtung eines *Center of Excellence* für Kosteneffizienz, das Ministerien unterstützen soll, politische Entscheidungen durch wissenschaftliche Evidenz zu fundieren.

tikvorbereitung, die Entscheidungsfindung und die erfolgreiche Umsetzung zu überführen. Die offenen Herausforderungen gelten insbesondere für die ex-post Wirkungsevaluierung von Politikmaßnahmen. Die Gesetzesfolgenabschätzung und die Stakeholderkonsultationen sind hingegen bereits gut etablierte Instrumente in der finnischen Rechtsetzung.<sup>44</sup>

Ein finnisches Vorzeigeprojekt in der Umsetzung evidenzbasierter Politikgestaltung ist das Pilotprojekt LAPE (2015-2023). Das Programm erprobt psychosoziale Interventionen zur Unterstützung von Familien und Kindern und entstand im Kontext der Reform der Kinder- und Familiendienste in Finnland, unter der Beteiligung des Ministeriums für Soziales und Gesundheit, des Bildungsministeriums und zweier NGOs. Es wurde zudem wissenschaftlich begleitet. Die Notwendigkeit für die systemische und sektorenübergreifende Veränderung im Dienstleistungssystem ergab sich aus den seit Jahren steigenden Kosten für die Gesundheits- und Sozialdienste. Ziel des Programms LAPE war der Aufbau einer Arbeitskultur, die sich auf aktuelles und evidenzbasiertes Wissen stützt und somit die Verbesserung der Servicequalität der öffentlichen Dienste und insbesondere die Verbesserung des Kindeswohls zur Folge hat. Dabei ist das Konzept der evidenzbasierten Interventionen bei den Fachleuten des Sozial- und Bildungswesens weniger geläufig als im Gesundheitswesen.

In der ersten Phase des Programms wurden internationale psychosoziale Interventionen evaluiert, um davon vier mit dem größten Einfluss auszuwählen.<sup>45</sup> Die verschiedenen finnischen Regionen erhielten zunächst eine Einführung zu den Interventionen und wählten anschließend eine Maßnahme für die lokale Umsetzung aus. Ziel war es, eine dauerhafte Struktur für drei bis vier wirksame Maßnahmen zu schaffen, die im Rahmen der Basisdienste zum Tragen kommen.<sup>46</sup> In der Adaptionphase unterzeichneten die Regionen in Finnland mit ihren politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern eine Vereinbarung,

---

44 OECD (2021).

45 Die Auswahl von vier evidenzbasierten Maßnahmen führte zur Implementierung von *Let's Talk About Children*, *The Incredible Years Intervention*, *MDFT Training and Strongest Families Intervention* in finnischen Regionen.

46 Zu den Basisdiensten zählen u. a. Kindertagesstätten, Schulen, Familienberatung und Gesundheitszentren.

welche die Umsetzung der Methoden für die nächsten fünf Jahre sicherstellte. In den Regionen mit der größten Überbeanspruchung von Spezialdiensten plant das Gesundheitsministerium zudem den Aufbau regionaler Kompetenzzentren zur Unterstützung der Interventionen. Voraussetzungen für die effektive Umsetzung der Maßnahmen sind u.a. die Einbindung in lokale Dienste und Gemeinschaften, die Akzeptanz des Fachpersonals sowie ein begleitendes Qualitätsmonitoring.<sup>47</sup>

Evidenzbasierte Methoden ermöglichen, sektorübergreifend zu interagieren und können kostensparende Effekte erzielen. Um Wissen aus der Forschung in den politischen Entscheidungsfindungsprozess einzubringen, werden jedoch entsprechende Vermittlungsstrukturen benötigt, die Wissen bündeln und zusammenfassen können. Evidenzbasierte Politikgestaltung ist daher zuvorderst eine strategische Entscheidung, die sich von der nationalen bis auf die lokale Ebene und unter der Berücksichtigung der Schulung von Führungskräften, Management und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vollziehen sollte: Effektive Führung durch evidenzbasierte Politik muss kollektiv eingefordert werden.

## OECD

### **Zusammenfassung des Beitrags „An OECD Perspective on Evidence-informed Policymaking“ von Stéphane Jacobzone, Senior Advisor, Public Governance, OECD**

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) entwickelt Arbeiten zum Thema der evidenzinformierten Politikgestaltung, u. a. aufbauend auf Arbeitsbereichen der Organisation zu Politikevaluationen und zur Besseren Rechtsetzung. Das Konzept der Besseren Rechtsetzung enthält Vorgaben, Kriterien und Prinzipien, die zu verständlichen und wirkungsvollen Rechtsvorschriften führen sollen. Der Einsatz von regierungspolitischen Instrumenten wie der Gesetzesfolgenabschätzung oder der empirischen Wirkungsüberprüfung gehört

---

47 Im Zuge der aktiven Umsetzung wurden über 2000 Fachleute in den ausgewählten Methoden geschult und mehr als 10 000 Familien besuchten Kurse. Zudem wurden Medienkampagnen durchgeführt.

zu den wünschenswerten Merkmalen einer Besseren Rechtsetzung. Ihre Verwendung ermöglicht die systematische Verarbeitung von Analysen, Fakten und Erkenntnissen aus der Forschung im Regierungshandeln.

In ihrem aktiven Engagement für evidenzinformierte Politikgestaltung veröffentlicht die OECD Empfehlungen, thematische Berichte, Leitlinien zum Aufbau von Kapazitäten für evidenzinformierte Politikgestaltung, zur Mobilisierung von Fakten für gute Regierungsführung und zur Qualität von Rechtsvorschriften. Die Themen werden zudem im Rahmen von Länderstudien beleuchtet. Ziel ist es, die Verbesserung von Rechtsvorschriften zu fördern, und deren Umsetzung in den OECD-Mitgliedstaaten und darüber hinaus zu überwachen und zu dokumentieren.

Der Beitrag geht (1) auf die Rolle von Evidenz im politischen Handeln und an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik sowie (2) auf Voraussetzungen für den Transfer ein. Er nennt (3) Beispiele für erfolgreiche Umsetzung evidenzinformierter Politik und benennt (4) die qualitativen Standards wissenschaftlicher Evidenz sowie die Fähigkeit zur Sondierung wissenschaftlicher Informationen als ausschlaggebende Aspekte für das Gelingen des wissenschaftlich informierten politischen Gestaltens.

(1) Hochwertige Evidenz in der Politikgestaltung spielt eine entscheidende Rolle bei der Verbesserung der Qualität, der Reaktionsfähigkeit und der Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen. Evidenzbasierte Systeme sollen die Aufnahme von Erkenntnissen aus der Forschung in den Prozess der politischen Entscheidungsfindung gewährleisten und politische Entscheidungsträgerinnen und -träger in ihren Entscheidungen unterstützen. Die OECD formuliert diese Perspektive in der Korrektur des Begriffs von *evidenzbasierter* zu *evidenzinformierter* Politikgestaltung. Dies besagt, dass die politische Aushandlung zwar auf Grundlage von wissenschaftlicher Evidenz geführt werden sollte, sie jedoch weit mehr als nur die Wissenschaften inkorporiert: Werte, Abwägungen, Zielkonflikte und Stimmen aus der Politik und der Bürgerinnen und Bürger sind legitimer Teil der demokratischen Debatte.

- (2) Gute Regierungsführung mit gut etablierten Instrumenten, Verfahren und Institutionen kann eine erfolgreichere Umsetzung politischer Entscheidungen erleichtern. Sie erleichtern den Transfer von Fachwissen auf der Grundlage von Evaluationen, Daten und wissenschaftlichen Erkenntnissen in den politischen Entscheidungsprozess. Die Herausforderungen für einen guten Transfer liegen sowohl in einem weltweiten Überangebot an Informationen als auch darin begründet, dass zum Zeitpunkt, an dem die Informationen benötigt werden, nur eingeschränktes Wissen über den zu regulierenden Sachverhalt vorhanden ist. Unterdessen müssen auf Grundlage der „unvollständigen“ Datenlage Entscheidungen getroffen werden.

In fast allen OECD Ländern gibt es institutionelle Lücken im Umgang mit Evidenz und wissenschaftlichen Studien.<sup>48</sup> Um Evidenz zuverlässig in die politische Entscheidungsfindung einzubringen, müssen sowohl auf institutioneller als auch auf individueller Ebene Kapazitäten bereitstehen bzw. aufgebaut werden. Dazu gehören die Möglichkeiten zum Einholen von Forschungsergebnissen sowie die Möglichkeiten zur Anhörung von Interessengruppen. Daneben spielen aber auch Motivationsanreize für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Fähigkeiten zur Bewertung der eingeholten Forschungsergebnisse und Informationen eine Rolle, denn ein Mindestmaß an Methodenkenntnissen ist eine wichtige Voraussetzung zur kritischen Sondierung wissenschaftlicher Evidenz.<sup>49</sup>

- (3) Wie oben erwähnt, wird durch den Einsatz regulierungspolitischer Instrumente die systematische Verarbeitung von Erkenntnissen aus der Forschung für das politische Handeln auf der Organisationsebene erleichtert. Die Instrumente können eine Vielfalt von Formen annehmen. Formal festgelegte Verfahren, wie die Gesetzesfolgenabschätzung, werden inzwischen in fast allen OECD-Mitgliedsländern

---

48 OECD (2021).

49 Mit SEER (*Seeking, Engaging with and Evaluating Research*) wurde in Australien ein Instrument zur Messung der individuellen Fähigkeiten von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern im Umgang mit und der Bewertung von Forschungsergebnissen entwickelt.

praktiziert.<sup>50</sup> Darüber hinaus entwickeln Länder neue und innovative Ansätze zur Unterstützung der Politikgestaltung. Neuseeland zum Beispiel verwendet das analytische Lebensstandard-Rahmenwerk<sup>51</sup> und den Werkzeugkasten für Politikmethoden<sup>52</sup> als Arbeitsmittel für politische Beamtinnen und Beamte, die dadurch befähigt werden, besser fundierte Entscheidungen zu treffen. Ein weiterer Ansatz ist die Einrichtung von (Referaten für) Analysepositionen, die für die Koordination wirtschaftlicher Analysen oder der wissenschaftlichen Erkenntnisse zuständig sind. Ein Beispiel hierfür ist der *US-Evidence Act*, der die Benennung von leitenden Datenwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern sowie Evaluierenden in US-Behörden vorsieht. Die Beispiele sind der OECD-Publikation *Building Capacity for Evidence-Informed Policy-Making (2020)*<sup>53</sup> entnommen. Darin werden die Voraussetzungen für evidenzinformierte Politikgestaltung analysiert und eine Reihe von konkreten Maßnahmen zur ihrer Umsetzung vorgeschlagen.

- (4) Die qualitativen Standards und der verantwortungsvolle Umgang mit wissenschaftlicher Evidenz in der Politikgestaltung sind wichtige Aspekte: Im Gesundheitswesen haben die Cochrane-Zentren seit langem Standards für die Wirksamkeit und Effektivität von Gesundheitsmaßnahmen aufgestellt. Der Bedarf, diese Art von Ansätzen auf neue Bereiche wie Soziales und Politikanalyse anzuwenden, ist groß. Die OECD publizierte 2020 einen Bericht,<sup>54</sup> der die Verbreitung von Evidenzstandards in Regierungsbehörden und Vermittlungsinstitutionen analysiert sowie detaillierte Anwendungsbeispiele und eine Checkliste zur Selbsteinschätzung im Umgang mit Evidenz in der jeweiligen Organisation enthält. Nicht nur die Inhalte wissen-

---

50 OECD (2021).

51 Siehe Beitrag von J. Ayto, Neuseeland.

52 Policy Method Toolbox ggf. näher ausführen.

53 OECD. (2020). *Building Capacity for Evidence-Informed Policy-Making: Lessons from Country Experiences*. OECD Public Governance Reviews. OECD Publishing: Paris. <https://doi.org/10.1787/86331250-en> (zuletzt abgerufen 25.07.2023).

54 OECD (2020). *Mobilising Evidence for Good Governance: Taking Stock of Principles and Standards for Policy Design, Implementation and Evaluation*. OECD Public Governance Reviews. OECD Publishing: Paris. <https://doi.org/10.1787/3f6f736b-en> (zuletzt abgerufen 25.07.2023).

schaftlicher Evidenz, sondern auch die Prozesse, in denen sie zum Tragen kommt, müssen dabei einer Prüfung unterzogen werden. Ein verantwortungsvoller Umgang umfasst die Bewertung der Eignung der Materialien, die Prüfung, ob Interessenkonflikte vorliegen und die Möglichkeit des Anfechtens bei etwaigen Zweifeln. Es gilt sicherzustellen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse, wenn sie den Ministerinnen und Ministern vorgelegt werden, dem höchstmöglichen Standard entsprechen.

Der Aufbau einer evidenzbasierten Arbeitskultur setzt Investition in das gesamte Spektrum der Politikgestaltung voraus: Ergänzend zu den bestehenden Instrumenten für Ausgabeneffizienz und Regulierungsqualität müssen Werkzeuge entwickelt werden, die Belastbarkeit und Gültigkeit von Evidenz angeben, den Einbezug von Evidenz bzw. von wissenschaftlichen Erkenntnissen in den politischen Entscheidungsprozess gewährleisten und schließlich die Fähigkeit zur Umsetzung der auf ihr beruhenden Entscheidungen ermöglichen. Entscheidend für den Aufbau solcher organisatorischer Strukturen und Systeme ist die strategische Führung zusammen mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

## Schlusswort

Die Impulsvorträge haben verschiedene Ansätze vorgestellt, mit deren Hilfe das Handeln von Politik und Verwaltung durch wissenschaftliche Evidenz gestützt werden kann.

Die Evaluation Task Force am Beispiel Großbritanniens unterstützt ressortübergreifend dabei, Evaluierungen politischer Maßnahmen effektiv und effizient durchzuführen, zu verbessern und transparent zugänglich zu machen. Die Task Force unterstützt bei der systematischen Integration von Politikevaluationen in die Abläufe. Während die Task Force ex post tätig wird, operiert die Gesetzesfolgenabschätzung zusätzlich bereits im Vorlauf zur Gesetzgebung und dringt auf verlässliche Charakterisierung von Gesetzeszielen. Diese Instrumente sind in Australien, Neuseeland und Großbritannien gut entwickelt. Die Regulatory Quality Teams, die in Neuseeland wirken, legen ihr Augenmerk verstärkt auf systemische und langfristige Wirkungen von Politikmaßnahmen. Damit weiten sie den Blick der Politik über die kurzfristigen politischen Handlungsbedarfe, bieten Orientierung auch in Bezug auf die notwendigen wissenschaftlichen Begleitstudien. Ähnliche Verfahren kommen auch in Finnland zum Einsatz. Eine Person im Amt des Chief Science Advisor wie in Kanada kann unmittelbar wissenschaftliche Beratung leisten oder die Beratung durch andere koordinieren. Ihre Wirkung ist jedoch nicht institutionell abgesichert. Der in Deutschland umgesetzte Ansatz der Reallabore nutzt gesetzliche Experimentierklauseln, um in Form von Erprobungsprojekten ex ante Evidenz zu Innovationen und Regelungsvorhaben zu erzeugen.

Während der Wert wissenschaftlicher Evidenz zur Steigerung der Effektivität politischer Maßnahmen nicht in Frage steht, ist die verlässliche und langfristige Institutionalisierung entsprechender Strukturen in allen Ländern herausfordernd. Zum einen werden Ressourcen und Kapazitäten benötigt, um evidenzbasierte Entscheidungssysteme aufzubauen. Zum anderen ist aber auch sicherzustellen, dass politische Entscheider und Entscheiderinnen sich zur Relevanz wissenschaftsun-

terstützter Untersuchungen bekennen und überprüfbare Zielsetzungen politischen Handelns fixieren. Dies ist besonders dann herausfordernd, wenn die relevanten Maßnahmen große öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen, krisenhafte Situationen vorliegen, und der Erfolg von Maßnahmen schwer zu prognostizieren und messen ist.

In der Abschlussdiskussion wurde deutlich, dass die Evaluationsprozesse stärker institutionalisiert und von exekutiven Einflussnahmen separat gehalten werden sollten. Experimentelle Designs und Sunset Clauses können automatisierte Überprüfungen von Zielerreichungen anstoßen, und Gremien wie der Normenkontrollrat könnten ressortübergreifend mit der Durchsetzung von Evaluationen und der Veröffentlichung ihrer Ergebnisse betraut werden.



# Leopoldina-Forum

In der Reihe „Leopoldina-Forum“ dokumentiert die Nationale Akademie der Wissenschaften vielfältige Perspektiven auf Fragestellungen hoher Relevanz für Wissenschaft und Gesellschaft.

---

Nr. 1: Buch C.M., Riphahn R.T. (Hrsg.) (2019): Evaluierung von Finanzmarkt-reformen - Lehren aus den Politikfeldern Arbeitsmarkt, Gesundheit und Familie. Leopoldina-Forum Nr. 1, Halle (Saale): Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

---

Nr. 2: Siegrist, J., Staudinger U.M. (Hrsg.) (2019): Gesundheitliche Ungleichheit im Lebensverlauf. Neue Forschungsergebnisse und ihre Bedeutung für die Prävention. Leopoldina-Forum Nr. 2, Halle (Saale): Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina.

---

**Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina e. V.**  
**– Nationale Akademie der Wissenschaften –**

Jägerberg 1  
06108 Halle (Saale)  
Tel.: (0345) 472 39-867  
E-Mail: [leopoldina@leopoldina.org](mailto:leopoldina@leopoldina.org)

Berliner Büros:  
Unter den Linden 42      Reinhardtstraße 16  
10117 Berlin              10117 Berlin

Die 1652 gegründete Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina ist mit ihren rund 1.600 Mitgliedern aus nahezu allen Wissenschaftsbereichen eine klassische Gelehrten-gesellschaft. Sie wurde 2008 zur Nationalen Akademie der Wissenschaften Deutschlands ernannt. In dieser Funktion hat sie zwei besondere Aufgaben: die Vertretung der deut-schen Wissenschaft im Ausland sowie die Beratung von Politik und Öffentlichkeit.

Die Leopoldina tritt auf nationaler wie internationaler Ebene für die Freiheit und Wert-schätzung der Wissenschaft ein. In ihrer Politik beratenden Funktion legt die Leopoldina fachkompetent, unabhängig, transparent und vorausschauend Empfehlungen zu gesell-schaftlich relevanten Themen vor. Sie begleitet diesen Prozess mit einer kontinuierlichen Reflexion über Voraussetzungen, Normen und Folgen wissenschaftlichen Handelns.

[www.leopoldina.org](http://www.leopoldina.org)